

US-Justizministerin will Klimaskepsis unter Strafe stellen



Der politische Wind wird härter. Bei uns, aber auch in den USA. Die Sprüche, mit denen der Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner, Donald Trump, derzeit die Medien der Welt unterhält, sind bisweilen nur schwer zu ertragen. Andererseits sitzen in der demokratisch geführten Regierung Obama offenbar auch Politiker, die eben mal die Verfassung aushebeln und das Recht auf freie Meinungsäußerung dort in Frage stellen wollen, wo es ihnen nicht passt, gerade so als wären sie Patenkinder von Recep Erdogan.

Justizministerin Loretta Lynch, ausgerechnet, hat jetzt vor dem Justizausschuss des Senats [bekannt gegeben](#), dass sie in ihrem Haus eine denkwürdige Prüfung in Gang gebracht hat. Sie will allen Ernstes feststellen lassen, inwieweit es möglich ist, Personen, die den menschengemachten Klimawandel in Frage stellen, strafrechtlich zu verfolgen.

Ganzen Artikel lesen auf [DONNER und Doria](#) von Ulli Kulke

Anmerkung der Redaktion

Nach der Veröffentlichung des AfD Programmentwurfes herrscht blankes Entsetzen bei manchen "Klimaforschern". Z.B. bei Hans-Joachim Schellnhuber vom PIK, wie man [hier](#) sehen und hören kann. Da wird sofort mit dem Weltuntergang (zum Glück erst lange nach dem Ableben der heutigen Protagonisten) gedroht, wenn man statt den Modellen der Realität

vertraue.

Es wird daher wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis die AfD deshalb verboten wird. Zu hoch sind die Gewinne, die sich aus dem "Klimaschutz" ziehen lassen.